

20.04.2021

Antrag

der Fraktion der SPD

Kinder und Familien entlasten - Kitas als sichere Orte durch (Lolli)Tests, Impfen und Evaluation - Hand in Hand mit den Kommunen Kita- und OGS-Gebühren erlassen

I. Ausgangslage

Um Infektionen in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung schnell eingrenzen zu können und die Verbreitung einschränken zu können, müssen Kinder endlich Teil einer präventiven Teststrategie sein, die diesen Namen verdient.

Lange hat sich die regierungstragenden Fraktionen und Minister Stamp gegen die Einbindung von Kindern in eine Teststrategie ausgesprochen. Noch in der März-Plenarsitzung des NRW-Landtages wurden entsprechende Vorstöße der SPD zurückgewiesen. Selbsttest waren nur für das Personal vorgesehen: „Nach den Osterferien erweitern wir dann die Teststrategie. Dann sollenden Beschäftigten und Kindertagespflegepersonen sogar drei Tests pro Woche in Form von Selbsttests in den Einrichtungen und Kindertagespflegestellen zur Verfügung stehen“, hieß es noch am 26. März 2021 in einem Elternbrief des Ministers. Davon wurde nach Ostern abgerückt. Jetzt sollten auch die Kinder die „Nasentests“ nutzen, die bisher nur für die Erzieherinnen und Erzieher vorgesehen waren und noch vor Ostern vom Familienminister für Kinder abgelehnt wurden. Im Gegenzug wurde der Anspruch der Erzieherinnen und Erzieher gekürzt.

Kinder sind bisher nur als Problem, nicht aber als Teil der Lösung gesehen worden. Zahlreiche Hygieneregeln des Erwachsenenalltags sind im Umgang mit kleinen Kindern nur begrenzt umsetzbar. Technischen Lösungen zur Reduzierung der Infektionsgefahr in Kitas und Tagespflege hat sich diese Landesregierung konsequent verweigert. Daher kann man, um Kinder zu schützen, neben der strikten Einhaltung von Gruppentrennungen, bis auf weiteres nur auf eine funktionierende präventive Teststrategie setzen. Nach Aussagen der Landesregierung sollten ab dem 12. April für die Kinder in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung zwei Selbsttests pro Woche versprochen. Allerdings liegen diese nach Angaben des Ministeriums in der 15. Kalenderwoche noch nicht ausreichend vor. Stattdessen hat sich in den Kitas ein Testchaos abgezeichnet. Manche Einrichtungen hatten bereits Tests erhalten, während andere noch völlig leer ausgegangen waren.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Kinder sind individuell und darauf sollten die Testmöglichkeiten für Kinder auch eingehen. Deshalb müssen den Kindern und Eltern unterschiedliche Testangebote gemacht werden. Die Uniklinik Köln hat sogenannte Lolli-Tests entwickelt, mit denen Kinder weder bohren müssen, noch gurgeln. Anders als die Spucke- und Bohrtests sind die Lolli-Tests aber PCR-Tests, die keine sofortigen Ergebnisse liefern, sondern im Labor ausgewertet werden müssen. Auch wenn dies mehr Zeit in Anspruch nimmt, muss diese Testung zu den Standardtestmöglichkeiten für Kinder gehören, da sie eine sehr kindgerechte Form der Testung darstellt und sensitiver als Poc-Tests sind. Personal und Kinder könnten so gemeinsam getestet werden und in Pools ausgewertet werden. So kann die Testung kindgerecht und sicher vollzogen werden.

Einige Kommunen sind in der Erstellung einer Teststrategie für Kinder bereits weiter als die Landesregierung, diese dürfen nun nicht für ihren Beitrag zur Eindämmung der Pandemie bestraft werden. So werden etwa in Köln und Mönchengladbach flächendeckend Lolli-Tests zur Verfügung gestellt. Allein in Köln verursacht dies Kosten in Millionenhöhe. Eine Teststrategie darf aber nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune abhängen. Deshalb muss die Landesregierung an dieser Stelle auch Verantwortung für die finanzielle Förderung der Lolli-Tests übernehmen.

Gleiches gilt bei der Aussetzung der Kita-Gebühren. Während des eingeschränkten Regelbetriebs in den Kitas muss auf Kitagebühren verzichtet werden. Die Belastung, auch die monetäre Belastung, der Familien ist hoch genug. Eltern sind in Kurzarbeit, viele Familien sind noch immer in Sorge und Ungewissheit um die Zukunft, gesundheitlich wie beruflich. Auch kommunale Elternbeiräte haben sich bereits appellierend an die Landesregierung gewendet und um Unterstützung der Kommunen in der Aussetzung der Gebühren gebeten. Die Kommunalen Spitzenverbände haben in einem Schreiben vom 11.03.2021 darauf aufmerksam gemacht, dass sie weiter bereit sind, ihren Teil dafür zu leisten, die Landesregierung sich bisher aber nicht bewegt. Hier müssen Kommunen und Land Hand in Hand arbeiten und auf die Gebühren verzichten. Gleiches gilt für die Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS).

Die Betrachtung der Kinder in der Pandemie muss grundlegend verändert werden. Kinder werden nun häufiger krank. Besonders die britische Mutation (B.1.1.7) kommt häufig bei Kindern vor. Das Robert-Koch-Institut (RKI) spricht in seinen täglichen Lageberichten davon, dass die hohen bundesweiten Fallzahlen durch zumeist diffuse Geschehen mit zahlreichen Häufungen insbesondere in privaten Haushalten, zunehmend auch in Kitas, Schulen und im beruflichen Umfeld verursacht werden. So wies das RKI frühzeitig darauf hin: „Die COVID-19-Fallzahlen steigen in allen Altersgruppen wieder an, besonders stark jedoch bei Kindern und Jugendlichen, von denen auch zunehmend Übertragungen und Ausbruchsgeschehen ausgehen.“ (RKI-Lagebericht 25.03.2021) Der Anteil der erkrankten Kinder entspricht mittlerweile ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Sie sind im Laufe der Pandemie zu wenig als Betroffene gesehen worden. Ihr Gesundheitsschutz muss nun gestärkt und damit das Infektionsgeschehen eingedämmt werden.

Kinder werden bis auf weiteres nicht Teil der Impfstrategie sein, deshalb muss ihr Umfeld sie schützen. Durch die Impfmöglichkeit des pädagogischen Personals sind dafür in den Einrichtungen bereits erste Schritte erfolgt. Die Impfungen müssen mit bisherigen Monitoring des MKFFI der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung gekoppelt werden, um das Infektionsgeschehen und die Schutzmaßnahmen besser beobachten und bewerten zu können.

Die Arbeit in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung hat sich im letzten Jahr grundlegend geändert. Kinder und waren zum Teil lange nicht in den Einrichtungen. Während der Notbetreuung haben Kitas versucht, Angebote an die Kinder zu richten und den Kontakt zu halten.

Viele Angebote der frühkindlichen Bildung finden seit Frühjahr 2020 nicht mehr in vollem Umfang statt. Besuche in Theatern oder anderen kulturellen Einrichtungen konnten die Kitas nicht durchführen und Ersatzangebote mussten geschaffen werden. Auch die emotionale Belastung bei Kindern und Personal hat sich verändert. Kinder haben eigene Ängste und Sorgen, sie spüren aber auch die Ängste und Sorgen ihrer engsten Bezugspersonen. Kinder entwickeln eigene Vorstellungen von ihrem Leben in der Pandemie. Beim Verstehen und beim Entwickeln von Strategien für den Umgang mit der Pandemie und ihrer Situation brauchen Kinder Unterstützung. Diese erfahren sie auch in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Um dies leisten zu können benötigt aber auch das Personal Hilfestellungen – auch für den eigenen Umgang mit der Pandemie und den damit verbundenen Ängsten im professionellen Kontext bei der Arbeit am und mit dem Kind. Dafür muss eine Übersicht über die Wahrnehmung von Covid-19 im pädagogischen Umgang und in der Arbeit der Einrichtung erstellt werden. Um dies sicherstellen zu können, sollte wissenschaftlicher Expertise aus dem Feld der Pädagogik zur Erstellung geeigneter Erhebungsinstrumente und zur Durchführung und Auswertung eingeholt werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- eine Teststrategie für Kinder zu erarbeiten, die ausreichend Tests für Personal und Kinder zur Verfügung stellt und dabei auf kindgerechte Testungen achtet.
- Kinder und Eltern müssen eine Wahl bei den Testungen für Kinder haben.
- Beschäftigten in Kitas und Tagespflege mindestens die Anzahl an wöchentlichen Tests zu gewähren, die ihnen landesseitig vor Ostern versprochen wurden.
- Die Anleitungen für die Tests den Familien in Anlehnung an die Ministerschreiben an die Eltern in den jeweiligen Sprachen zur Verfügung zu stellen.
- Lolli-Tests in das Testangebot für Einrichtungen der frühkindlichen Bildung aufzunehmen.
- Kommunen, die bereits eine Teststrategie mit Lolli-Tests für Kinder entwickelt haben, finanziell zu unterstützen.
- Die Kita- und OGS-Gebühren in Nordrhein-Westfalen auszusetzen, so lange aufgrund der Pandemie Einschränkungen bei den Betreuungszeiten notwendig sind und dafür unmittelbar in die Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden einzutreten.
- in das Monitoring der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung den Fortschritt der Impfungen von Erzieherinnen und Erziehern und Tagespflegepersonen mit aufzunehmen.
- Das wöchentliche Monitoring der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung auf der Internetseite des Familienministeriums zu veröffentlichen und so umfangreiche Transparenz über die Situation in Kitas und Tagespflege zu schaffen.
- die Wahrnehmung der Pandemie in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung abzufragen, dabei muss neben der psychischen Belastung auch die Wahrnehmung der Kinder abgefragt werden und die Belastung der Kinder selbst erfragt werden. Dies soll in enger Kooperation mit wissenschaftlicher Expertise aus der Pädagogik der frühen Kindheit durchgeführt werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse und bisheriger good-practice-Beispiele Hilfestellungen und Handlungsempfehlungen für den professionellen pädagogischen Umgang mit der Covid-19-Pandemie in den Einrichtungen zu erarbeiten.

Thomas Kutschatj
Sarah Philipp
Regina Kopp-Herr
Eva-Maria Voigt-Küppers
Dennis Maelzer

und Fraktion